

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf. bei allen württ. Postanstalten und Bote in Orts- u. Nachbarortverkeftr vierteljährlich M. 1.35, nussorhalb desselben M. 1.35, dazu Postgebühren 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u.

während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Gormonzeitung. Restriemen 15 Pfg. die Postzeitung. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Mittwoch, den 16. September

1908.

Nr. 217.

Momentbilder vom sozial. Parteitag.

(Nachdruck verboten.)

Gr. Nürnberg, 14. Sept.

II.

Die Unkosten des Parteitages. — Festsetzung der Tagesordnung. — Die Budgetbewilligungsfrage. — Die abgelehnte Vertuschungskommission. — Eine englische Begrüßung des Parteitages. — Gegen die freien Gewerkschaften.

Die gestrige Eröffnungssitzung des Parteitages war für die Nürnberger Parteigenossen ein glänzendes Geschäft. Da circa 12000 Personen ihre halbe Mark opfern mußten, so dürften die Unkosten des Parteitages gedeckt sein. Daß die meisten Besucher nichts gesehen und gehört haben, wird den Beransthaltenden wenig Kopfschmerzen machen. Infolge dieser verunglückten Eröffnungssitzung war der Andrang der Gäste zu der ersten geschäftlichen Sitzung im Hofes-Belodrom nur gering. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie der Parteivorstand sind fast vollständig erschienen. Delegierte mögen ungefähr 400 amsend sein. Der Parteitag ist also härter besucht als je zuvor.

Die Verhandlungen eröffnete Singer und wurde zunächst die Tagesordnung festgestellt. Hierzu lag ein Antrag Kassel vor, im Anschluß an den parlamentarischen Bericht die Frage der Budgetbewilligung in den bundessstaatlichen Landtagen erneut zu erörtern. Walther-Augsburg und 4 andere Genossen beantragten eine Kommission von 15 Mitgliedern zu bilden, der die Vorberatung dieser Angelegenheit übertragen werden solle. Diese solle dann Bericht erstatten und eine Resolution vorlegen. Eine solche die Gegenstände verkleinernde Resolution ist nämlich eine große Sache, wie der Berliner zu sagen pflegt. Sie sagt dem einen Teil die Wahrheit und tut der anderen Seite nicht wehe. Der Parteitag wollte aber von dieser Methode dieses Mal nichts wissen und lehnte den Antrag ab. Der Vorsitzende Singer schlug dagegen vor, die Budgetbewilligungsfrage als besonderen Punkt im Anschluß an den parlamentarischen Bericht zu behandeln. Die Tagesordnung solle so geschlossen, daß Weber das Referat übernehme und eine Resolution des Parteivorstandes vorlege. Im Anschluß an dieses Referat soll einem bairischen und bayerischen Delegierten das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben werden, um den süddeutschen

Genossen Gelegenheit zu geben, die Gründe ausführlich darzulegen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Der Berliner Antrag, das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie auf die Tagesordnung zu setzen, wurde zurückgezogen. Der Antrag Magdeburg, auf die Tagesordnung das Thema zu setzen, „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“ fand nicht genügende Unterstützung.

Der Vorsitzende begrüßte sodann die erschienenen ausländischen Gäste. Hierunter befindet sich auch der englische Genosse Quetch aus London, der im vorigen Jahr in Stuttgart einen Konflikt mit der Polizei hatte. Quetch hatte auf dem internationalen sozialistischen Kongress in Bezug auf den Haager Friedenskongress die Meinung geäußert, es sei eine „Abendgesellschaft von Dieben“. Dafür traf ihn der Ausweisungsbefehl. — Quetch begrüßte den Parteitag in englischer Sprache. Er wies auf die Kriegsscheße in der letzten Zeit hin und versicherte, daß die englischen Parteigenossen ebenso wie die deutschen mit aller Energie für die Aufrechthaltung des Friedens eintreten und alles anbieten, um internationale Konflikte zu unterdrücken. Wir haben gegen den Burenkrieg protestiert und erst später hat die englische Bevölkerung eingesehen, daß das Sprichwort wahr ist: „Vorher gewarnt, ist vorher geschützt.“ Wir haben protestiert gegen die Mortendemonstration vor Kronstadt, weil sich diese gegen Deutschland richtete. Wir haben protestiert gegen die Reise des Königs nach Reval, wir haben protestiert, weil der König sich soweit erniedrigt, die Hand des Jaren zu drücken, die vom Mute seiner Untertanen trief! — Es folgten weitere Begrüßungsreden von Sanders-London, Wienarski-Wien, einem Vertreter der belgischen und russischen Sozialdemokratie und darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Müller-Berlin erstattete den allgemeinen Vorstandsbericht und besprach in länger als einstündiger Rede die Stellung der Partei zu den politischen Tagesfragen, zur Frauenfrage, zur Jugendorganisation usw. Im Anschluß hieran berichtete Parteisekretär Ebert-Berlin über die mit den lokalen Gewerkschaften gepflogenen Einigungsverhandlungen. Es seien etwa 5000 Lokalkassen dem Zentralsverbande zugesührt worden. Die Lokalkassen bekämpfen nach wie vor die Partei und die Gewerkschaften und es müsse deshalb diesem Treiben endlich ein Ende gemacht werden. Der Redner empfahl dann die Annahme der vom Parteivorstande vorgelegten Resolution, in der es u. a. heißt:

„Sie stellt kein Vertreten in Dich, und Du hast es auch nicht verdient. An sich ist ja nichts dabei, sie könnte Dir ohne Anstand Deine Bitte genehmigen; aber was sie empört, das ist jehers, falls der Umstand, daß Du sie als eine Art Schwandierin allerlei Gefühle hantieren läßt, die ihr fremd sind, daß Du sie mit einem Worte nicht als Deine Dir ebenbürtige Frau behandelst. Frank, es ist nur ein Ding möglich: laß Deine Rosa-Marina ruhen, bis Deine Frau, genügend vorbereitet, um ihre Aufgabe ernstlich aufzufassen, die ihr zukommende Stelle in Deinem Hause besetzt!“

„Und in meinem Herzen, nicht wahr? So alltäglich wie möglich! Aber ich kann nicht so lange warten!“

„Wegen Deiner Rosa-Marina? Aber Mensch, bist Du denn ein Weib von Fleisch und Blut oder ein beinahtes Stüd Leinwand?“

„Wir werden einander nie verstehen, Onkel! Du fühlst nicht, was ich fühle, was meine Seele erfüllt, was meine Augen innerlich an Farbenreichtum sehen; Du fühlst nicht den brennenden Durst meiner Seele, dies alles wiederzugeben. Wenn ich Deinem Rate folge und Rose einem reinen Damenpensionat zur Politik übergebe, so verliert sie all ihre Ursprünglichkeit, und wie kann sie nicht mehr dienen.“

„Frank, ich glaube, Du wärest ein reuiger Sünder; aber ich sehe wohl, Du bist und bleibst verstockt! So magst Du sie ihrem Schicksal überlassen; wie traurig es auch sein möge, es wird immer besser und ehrenvoller sein, als das Los, das Du ihr zugebracht hast.“

Adriem trat an das Fenster und schaute in den jetzt unterm Schnee vergrachten Garten hinaus und auf die gelblichbraune Fläche des Meeres, worüber nah und fern die Schaumkronen zitternd ihre Kloden freuten. Frank verbarste schweigend, nicht mehr recht wissend, was er tun oder sagen sollte. Es war ihm so sonderbar zumute, als wenn zwei verschiedene Menschen in ihm seien: der eine, der nicht aufsprach, was er sagen wollte, der andere, der dachte, was er nicht denken wollte.

„Daß Du Dich lebst zu irgend einer Sache entschlossen?“

fragte der Doktor.

„Nein, Onkel, noch nicht! Ein Pensionat ist eine so elende Nivellierungsmaschine. Weißt Du nichts anderes?“

„Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich in offener Gegenjah zur Partei gestellt, indem sie unter Anfechtung an die anarcho-individualistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie gesittentlich bekämpft und schmählt. Der Parteitag erklärt daher: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.“

Weiter berichtete Schulz-Berlin über den auf dem vorigen Parteitag eingesetzten Bildungsausschuß. Eine große Arbeit habe die Zusammenstellung der Werke für einen Bibliotheks-Katalog verursacht. Von einem Referentenverzeichnis habe man Abstand genommen, ebenso von einer Herausgabe der Klassiker, da hierdurch ein Massenangebot von Schriften entstehen würde und manche andere Schrift, die unentbehrlich sei, nicht gekauft werden würde. Gegen die Scherfische Emporleserei wolle man ein Flugblatt ablassen, um die nötige Aufklärung in Arbeiterkreisen zu verbreiten. — Darauf trat eine Mittagspause ein.

III.

Fortsetzung des Geschäftsberichts. — Der Parteivorstand über die Budgetbewilligung. — Die Diskussion über den Geschäftsbericht.

In der Nachmittagsitzung wurde in der Erstattung des Geschäftsberichts fortgefahren. Zunächst sprach der Finanzminister der Partei, Gehrisch, über die Klassenverhältnisse. Die Einnahmen bei der Parteikasse betragen im Berichtsjahre 855 272,09 Mark, die Ausgaben 783 958,13 Mark. Wie alle Finanzminister klagt der Referent über schlechte Zeiten. Die Beiträge gehen nicht prompt ein und einzelne Landestriebe sind mit ihren Verpflichtungen im Rückstand geblieben. Preußen (ohne Groß-Berlin) habe 20000 Mark, das Königreich Bayern 9500 Mark zu wenig abgeliefert. Dagegen hat Sachsen 5300 Mark, Württemberg 600 Mark über die statutarische Verpflichtung hinaus an die Parteikasse gezahlt. Hierauf erstattete Kaaden-Dresden den Bericht der Kontrollkommission. Während dieser Rede noch sprach, wurde die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zur Budgetbewilligung verteilt. Die Resolution lautet:

„Der Parteitag befähigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die ausprechen

„Vielleicht kannst Du sie in eine Familie bringen, wo sie noch ein wenig Umarmungen lernen. Die Wahl ist dann allerdings schwieriger. Wie neigt es mit ihrer geistigen Entwicklung?“

„Ja... das weiß ich eigentlich nicht!“

„Du hast vielleicht wohl etwas Schriftliches von ihr erhalten?“

„Jawohl, gewiß... ihre Briefe sind immer sehr nett und korrekt geschrieben; es fiel mir sogar auf, daß sie so gut aussehend.“

„Daß Du vielleicht einen in der Tasche? Natürlich, wenn keine Geheimnisse darin stehen! Man kann daraus vielleicht auf den Grad ihrer Bildung schließen.“

Frank zog aus seiner Tasche einige Briefchen hervor. „Geheimnisse sind nicht dabei; so wichtig war unter Befehl nicht. Hier ist die Vorhoff, worin sie mir meinen Abschied gibt.“ Er reichte seinem Onkel den Brief, den Rosa-Marie in der Kiste zurückgelassen hatte.

„Um, ja, eine ganz hübsche Mädchenhand, aber mit weit mehr Charakter, als man gewöhnlich findet.“ Er las die Umschrift und sagte: „Dortmael van Asperen... heißt sie wirklich so?“

„Ja, Onkel, das habe ich später erst bemerkt; auf unserer Verlobungsarten stand der Name ihres Stiefvaters.“

„Weißt Du, wer ihr Vater war?“

„Er war Marineoffizier. Mama sagte noch, sie sei von guter Familie, und ich brauche mich ihrer nicht zu schämen und dergleichen mehr.“

„Dann wird es seine Tochter sein“, murmelte der Doktor, „eine kleine Marie, deren Portrait über seinem Schreibtisch hing... Mein Gott, mein Gott!“

„Was fehlt Dir, Onkel?“ frante Frank erkannt, da der Doktor den Kopf in die Hand sinken ließ und tief erschüttert schien.

„Ich habe Ihren Vater gut gekannt; er war mein Vorgeliebter.“

„So etwas Rebellisches sagte Mama auch, glaube ich.“

„Merkwürdig... höchst merkwürdig!“

Er stand auf und ging mit großen Schritten im Zimmer auf und ab.

(Fortsetzung folgt)

Der Mensch beurteilt die Dinge lange nicht so sehr nach dem, was sie wirklich sind, als nach der Art, wie er sie sich denkt und in seinen Ideengang hineinpaßt.

Rosa-Marina.

Roman von Melati von Jaba.

Deutsch von Leo van Heemede.

(Nachdruck verboten.)

Fortsetzung.

Der Doktor war aufgestanden und ging bestig erregt auf und nieder. Frank sah ihn nachdenklich an.

„Onkel“, sagte er nach einer Weile, „Du sprichst wohl aus Erfahrung?“

„Und wenn dem so wäre? Wenn ich auch etwas getan hätte, was ich unmöglich wieder gutmachen kann? Aber das ist: Dich nicht an und tut nichts zur Sache. Du hältst mich für einen rechten Philister, weil ich so rede; aber bedenke, daß ich seit Jahren außerhalb der eigentlichen Welt lebe. Hier umhören diesen einfachen Fischern habe ich verlernt, all den verschiedenen Dingen unserer Zeit einen übertriebenen Wert beizumessen; das Leben hier ist überaus einfach, man lebt um zu leben, und weiß nichts von Kunst und Impressionismus, von Literatur, Theater und wie all die Vermägen heißen mögen. Hier lernte ich den Preis eines Lebens kennen, wie viel Mühe es kostet, es der Krankheit abzurufen oder den Stürmen des Meeres, und deshalb bin ich so philisterhaft, einem wohlangeordneten Menschenleben den Vorzug zu geben vor einem stillen Heimweide, wie ich es auch bekümmert sein mag.“

„Onkel, Du bist kein Philister. Du kannst nicht über die Empfindungen meiner Seele urteilen, die ganz von dem einen großen Werke erfüllt ist! Wenn Rose mir jetzt nur helfen wollte, aber sie weigert sich beharrlich! Ist das nicht der beste Beweis ihrer geringen Liebe, da mein Streben ihr gar keine Teilnahme abzwinkt? Ist das Opfer, das ich von ihr fordere, denn so groß?“



daß er Staat, so lange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksmassen bildet.

daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist.

daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamt- abstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegen- ständlichen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamt- abstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ab- lehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge ha- ben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher un- vereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets ent- spricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volks- massen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrück- lich darüber aufzuklären, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Nach Anhörung der Referenten über den Geschäfts- bericht wurde beschlossen, die ca. 30 Anträge zu der Frage der Jugendorganisation einer Kommission zu überweisen und diesen Punkt von der Diskussion bis zur Berichterstattung dieser Kommission zu vertagen.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht befragte Landtagsabg. Leinert-Hannover die Aufnahme nicht passender Inserate in die Kalender, die der Parteivorstand zur Landtagatation herausgibt. Während der Parteivor- stand antimilitaristische Propaganda treibe, werden in den Kalendern empfohlen Gramophonplatten mit der Schlacht bei Sedan mit Gewehrfeuer, Hurra- rufen und Siegesjubel! Auch in verschiedenen Zeitschri- ten fanden sich Inserate, die nicht hineingehörten. Dr. Eisner-Rürnberg kritisierte die Parteibildungsschule. Es mache sich sonderbar, wenn ein Schüler nach halbjährigem Besuch der Parteischule einen Zyklus von 22 Vorträgen über die schwersten wissenschaftlichen Probleme ankündige. Hierzu würden sich selbst die ältesten Parteigenossen wie Bebel und Singer nicht entschließen, die doch ein ganzes Leben wissenschaftlichen Durchbildung hinter sich hätten. Ein halbes Jahr Durchbildung genüge nicht, wenn man nicht die

hohenzollersche Schnellreise erzeugen will. (Beifall). Man dürfe beim Unterricht auch nicht mit den schwierigen theoretischen Problemen anfangen. Rosa Luxemburg sang der Parteischule (an der sie Lehrerin ist) ein warmes Loblied. Mit der Parteischule habe der Vorstand etwas großes und gutes geschaffen. Die bisherigen Resultate seien befriedigend. Mander Lehrgegenstand fehle noch, wie z. B. die Lehre über die internationale Sozialdemokratie, die National- ökonomie u. Nötig sei auch, daß die Parteiorganisatio- nen, die Schüler nach der Parteischule entsenden, diesen nachher auch einen Wirkungskreis schaffen, um das Ge- lernete in mündiger Weise für die Partei verwenden zu können. — Im weiteren Verlaufe der Diskussion grub Welz-Berlin noch einige Inserate aus dem Parteivogel- blatt, dem „Wahren Jakob“ aus. Dort wurden Präpa- rate empfohlen zur Entfaltung eines schönen Schurz- bannes — bei Nichterfolg das Geld zurück. (Heiterkeit). Die Frauen geht das Inserat an, wie man schöne volle Körperformen erhalte. (Große Heiterkeit). In dem „Mär- tischen Volksboten“ würden derartige Inserate weggela- sen. Erfreulich sei, daß bisher in der Diskussion über den Ausschluß der lokalistischen Gewerkschaften gesprochen. Das zeige doch wohl, daß der Parteitag in der Verur- teilung der Syndikalisten einig sei. (Zustimmung). Dr. Eisner-Rürnberg führte aus: Er habe absolut nichts gegen die Parteischule an und für sich, er werde sich nur dagegen, daß die Schüler sofort Lehrer würden. Es sei außerordentlich schwer, der Masse eine elementare Bil- dung beizubringen. Die große Masse ist bildungsgerig, aber der Unterricht scheitert, da die einfachsten Begriffe und die einfachsten Worte fehlen. Auch mancher Redak- teur sei bildungsgerig und möchte sich gern ein halbes Jahr hinsetzen, um sich wissenschaftlich weiterzubilden. Er, Redner, würde ganz gerne ein halbes Jahr zu den Füßen Rosa Luxemburgs sitzen, um der neuen Wissenschaft zu lauschen. (Zuruf: Schönes Bild. — Große Heiterkeit). — Frau Jeklin ist anderer Ansicht als der Vorredner. Heute herrsche eine andere Atmosphäre unter der Ar- beitererschaft, sie bringe zum Erfassen wissenschaftlicher Vor- träge eine andere psychologische Disposition mit, als vor 40 Jahren. Eine Legerei hat die Rednerin an dem Ge- nossen Dr. Maurenbrecher entdeckt. Dieser hat über die Parteischule einen Artikel in der „Hilfe“, dem bekannten nationalsozialistischen Wochenblatt, veröffentlicht. Sie fragt daher: Seit wann besteht der Dresdener Parteibeschluß nicht mehr, der den Parteigenossen das Mitarbeiten an bürgerlichen Blättern verbietet? — Nach weiteren kurzen Bemerkungen von Dr. Leuz-Leipzig und Viepmann-Berlin war die Debatte erschöpft. — Der Parteitag nahm noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Es sind 312 Delegierte, vom Parteivorstand, Kontrollkommission, von den Reichstagsabgeordneten und fremden Gästen etwa 50 Personen anwesend, so daß der Parteitag von 362 Personen besucht ist. — Die Wei- terverhandlungen wurden sodann auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Rundschau.

Dernburg über Südwestafrika.

Nach der „Tägl. Rundschau“ erklärte der von Süd- westafrika heimgekehrte Staatssekretär Dernburg, er

bringe keine Forderungen für Deutsch-Süd- westafrika mit, auch keine für den Neubau einer Landungsanlage in Swakopmund. Er über- läßt diesen Neubau den Interessenten; er werde nur den bestehenden Holzpier verharfen lassen, der dann lange Zeit genügen werde. Die neuen Eisenbahnen seien noch unrentabel. Die Ovambo-Frage solle vorsich- tig behandelt werden; es sollten keine Truppen hinge- schickt werden, und Kaufleute, die hingingen, sollten nur gegen hohe Kaution Zutritt erhalten.

Verbandstag der Feuerbestattungsvereine.

In Hagen in Westfalen hat der 13. Verbands- tag der Feuerbestattungsvereine deutscher Sprache stattge- funden, an dem etwa 35 Delegierte preussischer Feuerbe- stattungsvereine teilnahmen. Zur Erörterung stand ein Antrag des Elberfelder Vereins auf Gründung eines preus- sischen Verbandes. Unter dem Vorsitz des Sanitätsrats Dr. Müller in Hagen wurde in mehrstündigen Erörter- ungen der Antrag besprochen, wobei sich ergab, daß die Mehrzahl der anwesenden Delegierten sich von diesem Son- derverbande keine Förderung der Bestrebungen der Feuer- bestattungsvereine versprechen. Man fürchtet von einer Dezentralisation eine Schwächung des deutschen Verban- des. Ueber die Aussichten des in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurfs für Preußen sprach sich die Mehrzahl der Redner recht pessimistisch aus. Bei der gegenwärtigen reaktionären Zusammensetzung des Land- tages und der recht zaghaften Befürwortung durch die preussische Regierung hält man zumal auch in Hinsicht auf das Herrenhaus eine Ablehnung des Gesetzentwurfs in den gesetzgebenden Körperschaften nicht für unwahr- scheinlich. Eine Regelung im Verordnungswege sei dann aber völlig ausgeschlossen, weil die Regierung den Landtag natürlich nicht bristieren könne. Rechtsanwalt Dr. Levinger-Köln vertrat die Ansicht, daß die Beseitigung der im Urteile des Oberverwaltungsgerichts angegebenen Hin- dernisse im Verordnungswege angeht werden müsse. Eventl. empfahl er die Anstrengung eines neuen Rechts- streits, der nach seiner Meinung eine gewisse Aussicht auf Erfolg verspreche. In dem Urteil sei gesagt, daß zur Inbetriebnahme des Hagener Krematoriums eine polizei- liche Genehmigung nachzusuchen sei. Das könne jetzt ge- schehen und in dem Gesetze könne man allen vom Oberver- waltungsgericht aufgeworfenen Bedenken Rechnung tragen. Werde dann die Genehmigung versagt, dann bleibe der neue Rechtsstreit offen, in dem alles das angeführt werden könne, was inzwischen von angesehener juristischer Seite ge- gen das Urteil ausgeführt worden sei. Dieses Vorgehen werde eher zum Ziele führen, als auf den guten Willen der Regierung zu bauen. In der Abstimmung wurde der Antrag Elberfeld abgelehnt. Dagegen wurde die Ein- setzung einer dreigliedrigen Kommission zur ständigen Ver- tretung der preussischen Vereine beschlossen. In diese Kom- mission wurden gewählt die Herren Sanitätsrat Dr. Mül- ler-Hagen, Dr. Liebreich-Duisburg und Gemünd-Köln. Die mit dem Rechte der Zuwahl ausgestattete Kommission soll alle ihr rasant erscheinenden Schritte zur Förderung der Feuerbestattungsidee in Preußen unternehmen, ins- besondere auch den in Aussicht gestellten Gesetzentwurf nach seiner Bekanntheit prüfen und eventl. Abänderungs- vorschläge stellen.

Marokko.

Die französisch-spanische Note ist nun den Mächten zugegangen. Sie stellt zunächst die Forderung auf, daß die Frage der Anerkennung Muley Hafids nach denjenigen Grundsätzen gelöst werden soll, nach denen das Einvernehmen der Mächte in der marokkanischen Frage seit Algeciras gebildet und aufrecht erhalten worden ist. Frankreich und Spa- nien haben in Betracht gezogen, daß ihre beson- deren Interessen in Marokko sie dazu bestim- men, den anderen Mächten Vorschläge zu machen. Bei der Formulierung dieser Vorschläge haben sie sich zur Richtschnur genommen, daß die Anerkennung des neuen Maghzens einzig und allein von der Erlangung von Garantien abhängig ge- macht werden müsse, die gemeinsam für alle frem- den Interessen gegeben würden. Diese Garan- tien sollen sein:

- 1) Bestätigung der Akte von Algeciras und Billigung der zu ihrer Anwendung getroffenen Exekutivmaßregeln, insbesondere der Rechte, die Frankreich und Spanien zur Ueberwachung der Ein- fuhr von Waffen zur See übertragen worden sind.
- 2) Bestätigung aller anderen Verträge und Verpflichtungen des Maghzens gegen- über den fremden Regierungen, dem diplomatischen Korps und gegenüber von Privatpersonen.
- 3) Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Schulden des Maghzens, während die Schuldforderungen der Privatpersonen später geprüft werden sollen.
- 4) Bestätigung der Vollmachten der Ent- schädigungskommission in Casablanca, so- wie Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Bezahlung der Entschädigungen durch den neuen Sultan.
- 5) Amtliche und ausdrückliche Widerrufung des heiligen Kriegs durch einen schriftlichen Brief an die Städte und Stämme.
- 6) Sofortige Inangriffnahme der notwendigen Maßregeln zur Wiederherstellung der Sicher- heit in der Umgebung der Häfen und auf den in das Innere führenden Hauptstraßen.

Falls diese Garantien gegeben sind, könnte Muley Hafid als Sultan anerkannt werden, wobei die Mächte sich das Recht vorbehalten, unmittelbar von dem neuen Sultan die Regelung derjenigen Fra- gen zu fordern, die ihre Interessen berühren, insbesondere was Frankreich und Spanien betrifft: Wie- derherstellung der militärischen Ausgaben und Bezahlung von Entschädigungen für die Er- mordung Angehöriger ihrer Nationen. Ferner heißt

es in der Note, daß es angemessen sein dürfte, wenn der neue Sultan für einen handesgemäßen Unter- halt Abdul Aziz' Sorge trage. Schließlich empfiehlt sie die Beamten Abdul Aziz' dem Billigkeitssge- fühl Muley Hafids.

Die Stimmung in Berlin.

Die französisch-spanische Marokko-Note hat im Vergleich zur ursprünglichen Fassung eine erhebliche Abschwächung erfahren. Eine Anzahl früherer Forderungen ist von der französi- schen Regierung stillschweigend fallen ge- lassen worden. Die Stimmung in Berliner leitenden Kreisen ist zwar entgegenkommend, wahr aber die lähle Reiz- und die durch die provokatorische Marokko- politik der französischen Regierung hervorgerufen worden ist. — Die Antwortnote der deutschen Regie- rung auf die französisch-spanische Note dürfte sich um einige Tage verzögern, da eine eingehende Beratung dar- über gepflogen wird und auch die Rückkehr des Reichs- langlers Fürsten Bälou abgewartet werden muß. Ferner wird man sich mit den deutschen Vertretern in Marokko in Verbindung setzen.

Japan.

Harte Zeiten.

Mehrere Zeitungen in Tokio stellen trübselige Be- trachtungen über die Zeit an, in der wir leben. Sie kommen dabei zu dem Schluß, daß seit dem Kriege und der großen Enttäuschung, wie er in seinem Gefolge hatte, eigentlich die ganze japanische Gesellschaft in düstern Pessimismus versunken und im Grunde als gemütskrank zu betrachten sei. Bei diesem trau- rigen Hintergrund sei es nicht wunderbar, daß die Ver- brechen, deren Zahl bis vor kurzem stetig zurückgegangen wäre, in letzter Zeit in geradezu erschreckendem Maße zugenommen hätten. Namentlich Eigentums- und Sittlich- keitsverletzungen seien so häufig wie nie zuvor. Die Zeitungen erklären diese Häufigkeit der Verbrechen mit der allgemeinen Verteuerung des Lebens. Nur die unzufriedenen Arbeiter hätten durch ihr lautes Ge- schrei durchgesetzt, daß ihre Löhne während der letzten zehn Jahre sich verdoppelt hätten; die Mittelklassen jedoch, besonders die Lehrer, die Offiziere und die kleinen Be- amten, deren Gehälter schon seit mehr als einem Jahr- zehnt nicht aufgebeßert worden seien, wüßten keinen Rat, wie sie sich und ihre Familien bei den um gut 50 Prozent höheren Preisen erhalten sollen. In ihren Kreisen kämen die meisten Verbrechen vor, und sie lebten, um hinter den Arbeitern nicht zurückzusteigen, durch- gängig über ihre Mittel. Einige Klassen der Arbeiter erhielten jetzt Tagelöhne von ein bis zwei Yen (zu zwei Mark), so daß ein Beamter mit 25 bis 40 Yen im Monat nur schwer mit ihnen wetteifern könne.

Tages-Chronik.

Berlin, 14. Sept. Der preussische Landtag wird, wie nunmehr feststeht, am 20. Oktober vormittags 11 Uhr im Reichen Saal durch den König persönlich eröffnet werden.

Berlin, 14. Sept. Staatssekretär Dernburg ist heute nachmittag 3 Uhr 45 Min. in Begleitung seiner Gattin auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eingetroffen.

Berlin, 14. Sept. Aus Flensburg wird dem „Vol-Anz.“ gemeldet: Die Verhandlung gegen den Bürgermeister Dr. Schädling in Husum findet bestimmt am 20. ds. vor dem Bezirksausshuß statt.

Königsberg i. Pr., 14. September. Die Reform der Arbeitsversicherungsgesetze ist fertig. Sie soll der „Gartenschen Zeitung“ zufolge, möglichst in der bevorstehenden Reichstagsession verabschiedet werden, so daß sie gleichzeitig mit der Witwen- und Waiserversicherung am 1. Januar 1910 in Kraft tritt.

Dresden, 14. Sept. Den Abendblättern zufolge hat hier der Komponist Professor Edmund Kretschmer.

Brüssel, 14. Sept. Hier eingetroffene Gerüchte über den Kongo geseicherten und untergegangenen Dampfer Bille de Bruges belegen, daß Passagiere und Mannschaf des Schiffes nicht ertrunken sind, sondern sich auf die Fluß- insel Maturakai im Kongo retteten, wo sie dann von den Eingeborenen ermordet und aufgepres- sen wurden. Sechs an dem Schmaufe beteiligten Hüp- linge wurden jetzt abgeurteilt und gehängt.

Christiania, 12. Sept. Björnströme Björnson und seine Gattin erhielten anlässlich ihrer goldenen Hochzeit aus Norwegen und dem Ausland Tausende von Freundschafts- und Sympathieeulogien. Zahl- lose Telegramme liefen ein. Das Ehepaar erhielt auch wertvolle Gaben, darunter eine herrliche Silberbowle vom norwegischen Königspaar.

Konstantinopel, 12. Sept. Dem „Tanin“ zufolge hat der Sultan gestern nach dem Selamit dem Korps- kommandanten Mahmud M u c h t a r seine Befriedigung über dessen Bemühungen um die Ausbildung der Truppen und die Hebung des Geistes der Kameradschaft im Offi- zierskorps ausgesprochen und versprochen, künftighin den Be- sichtigungen beizuwohnen. — Ein Telegramm der „Sera Gazetta“ meldet aus Djarbel, daß der Kurden- chef Ibrahim Pascha geschlagen wurde und gegen den Euphrat zu geflohen ist. Die Truppen hatten 17, die Kurden über 100 Tote.

Kopenhagen, 14. Sept. Der dänische Reichs- tag ist auf den 28. September einberufen worden.

Sofia, 14. September. Die Ausschließung des bulgarischen Vertreters vom Sultan- diner bei Tewfik Pascha war eine beabsichtigte Demonstration des Vasallenverhältnisses Bulgariens zur Türkei. Den intervenierenden Bot- schaftern wurde die Nichteinladung deschows als unüber- ruflich bezeichnet. Infolgedessen erhält die ganze Angelegen- heit einen hochpolitischen Charakter und dürfte ernste Folgen nach sich ziehen, da die bulgarische Regierung auf voller Genugtuung bestehen dürfte.

San Sebastian, 14. September. Der Minister für Ackerbau, Handel und öffentliche Arbeiten, Gonzalez

